

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/175

14. September 1971

Unsere Kontakte müssen weltweit sein

Zur außenpolitischen Standortbestimmung der
Bundesrepublik

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

15 Monate sind genug

Verkürzung der Wehrdienstzeit - Gebot der
Wahrgerechtigkeit

Seite 3 / 39 Zeilen

Unsere Wirtschaft ist gesund

Gegen mögliche Einbrüche abgesichert

Seite 4 und 5 / 81 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chatredaktion: Dr. E. Eskert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Euler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037 - 38
Telex: 886 648 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Unsere Kontakte müssen weltweit sein

Zur außenpolitischen Standortbestimmung der Bundesrepublik

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Sehr oft wird von politisch engagierten Bürgern die Forderung erhoben, die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland möge sich in der Qualität ihrer Beziehungen zu anderen Ländern nach unserer Beurteilung der innenpolitischen Struktur in diesen Ländern richten. Solche Stimmen sind insbesondere bei Staatsbesuchen oder auch bei Regierungskontakten zu hören. Eine solche Forderung ist sicherlich moralisch legitim. Aber es erhebt sich die Frage, ob ein Staat, der darauf angewiesen ist, Beziehungen zu pflegen, damit seine politischen und wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben, sich erlauben kann, einer solchen Forderung Folge zu leisten. Hinzu kommt, daß bei der Durchführung einer solchen Maxime der auswärtige Beziehungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland in vielen Ländern der Welt so eingeengt würde, daß wir darauf verzichten müßten, unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen wirksam zu vertreten und unsere Aufgabe als Land, das seinen Beitrag zum Frieden leisten will, nicht wahrnehmen könnten.

Wir müssen davon ausgehen, daß Beziehungen zwischen Staaten keine Werturteile über innenpolitische Systeme ausdrücken, sondern ein Instrument sind, um den notwendigen Meinungsaustausch, den Interessenausgleich sowie das Nahebringen unserer Vorstellungen zu ermöglichen. Unser Land ist in seiner Lage im Herzen Europas darauf angewiesen, mit möglichst allen Staaten der Welt normale und gute Beziehungen zu haben. Es ist naheliegend, daß dabei eine Reihe von Ländern engere Beziehungen mit uns haben als andere, und es ist natürlich und im eigenen Interesse, daß mit verbündeten Nationen die Kontakte besonders eng sind.

Es sollte auch anerkannt werden, daß sogar die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre besonderen Beziehungen zu vielen politischen Gruppen und Formationen davon ausgehen muß, daß unter diesen solche sind, deren politische Vorstellungen und Praxis völlig anders sind als unsere. Trotzdem aber ist es notwendig,

daß wir auch solche Kontakte pflegen, denn nur so können wir für unsere Vorstellungen eintreten und im Dialog Auffassungen klären. Es wird zu oft vergessen, daß solche Kontakte uns die Möglichkeit geben, menschliche Hilfe zu leisten. Hätten wir uns darauf beschränkt, mit unseren Beziehungen nur innerhalb der Familie von Gleichgesinnten zu bleiben, wäre eine solche Hilfe nicht möglich gewesen.

Oft wird auch vergessen, daß historische Entwicklungen zu Formen der Staatsführung in bestimmten Ländern der Welt geführt haben, die sicherlich nicht mit unserer Auffassung übereinstimmen, die sich aber aus ganz bestimmten Phasen der Entwicklung ergeben haben und hinter denen nicht immer der despotische Wille einzelner zu stehen braucht, sondern der manchmal verzweifelte Versuch, die Kräfte für eine soziale Transformation zusammenzufassen. Ich habe in meiner entwicklungspolitischen Arbeit viele solcher Beispiele kennengelernt. Werturteile über solche Länder sind am eigenen Herd leicht zu fällen. Wir sollten uns hüten, auch im Rückblick auf unsere eigene Geschichte zu vorschnellen Urteilen zu gelangen. Und noch eines: Wer wie wir dafür ist, daß unbeschadet innenpolitischer Systeme einer gewissen Ausrichtung Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland ausgeweitet und gefördert werden, der muß auch so realistisch sein, Beziehungen zu Systemen zu respektieren, die ihre innenpolitische Praxis in einer von uns ebenfalls nicht akzeptierten Form handhaben, aber ihre ideologische Rechtfertigung aus ganz anderen Quellen beziehen.

Das ändert nichts daran, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Rahmen der internationalen Solidarität für Demokratie und für Demokraten eintreten werden.

Unsere internationalen Kontakte sind weltweit, und sie müssen es sein. Jeder Versuch, provinziell und aus falsch verstandener Moralität solche Kontakte einzuengen, handelt gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Weltkarte würde dann für die Bundesrepublik sehr klein werden. Wer dafür ist, daß unsere Politik des Friedens und der Zusammenarbeit fortgeführt und verwirklicht wird, muß weltweit und ohne Unterschied der Systeme operieren. Unsere Bürger haben ein Anrecht darauf, daß wir nicht eine Politik selbstgewählter Isolierung betreiben, sondern alles tun, um die Interessen unseres Volkes zu sichern.

(-/wr/14.9.1971/bgy)

+ - +

15 Monate sind genug

Verkürzung der Wehrdienstzeit - Gebot der Wehrgerechtigkeit

Der Beschluß der Bundesregierung, die Grundwehrdienstzeit für die wehrpflichtigen Bundesbürger baldmöglichst auf 15 Monate zu verkürzen, ist beileibe kein "Wahlgeschenk". Verteidigungsminister Schmidt hat sich diese Entscheidung, die er ausschließlich aus sachlichen Gründen gefällt hat, nicht leicht gemacht. Aber er weiß, daß der Kampfwert unserer Bundeswehr sinken würde, geschähe nicht schnellstens etwas, um die Wehrgerechtigkeit zu vergrößern. Wer kann dann schon Kampfbereitschaft von wehrpflichtigen Soldaten erwarten, deren meisten Mitschüler und Kollegen bisher am Dienst in der Bundeswehr "vorbeikamen"?

Das soll nun anders werden, und damit auch die Zahl der zusätzlich benötigten Ausbilder für die größere Zahl der künftig Einberufenen erreicht wird, bereitet das Verteidigungsministerium "flankierende Maßnahmen" verschiedener Art vor. Die Einwände der Kritiker, daß in Zukunft nicht mehr genug voll ausgebildete Soldaten der NATO zur Verfügung stünden, und daß die Teilstreitkräfte nicht in der Lage seien, mit einem neuen Einberufungsrhythmus fertig zu werden, haben nur auf den ersten Blick Gewicht: Die Zahl der "präsenten" Soldaten muß nicht sinken, wenn die Grundausbildung verkürzt und effektiver gemacht wird, und die Frage des Einberufungsrhythmus ist ein Problem der Organisation, das auch zu lösen ist.

Was schließlich den Vorwurf angeht, unsere Verbündeten müßten nun Zweifel an der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik bekommen, so kann der Verteidigungsminister nicht nur darauf verweisen, daß zumindest unsere Nachbarn im Westen schon heute eine kürzere Wehrdienstzeit haben als die Bundeswehr und daß die Amerikaner die Wehrpflicht überhaupt abschaffen wollen. Er kann auch darauf hinweisen, daß der Trend zu einer neuen Wehrstruktur auch in der Bundesrepublik unübersehbar ist, daß es gilt, diese Entwicklung rechtzeitig in den Griff zu bekommen und daß die Vorarbeiten dafür in der Bundesrepublik eingeleitet worden sind.

Der Beschluß der Bundesregierung zur Verkürzung der Grundwehrdienstzeit ist ebenso wie die neue Reservistenkonzeption nur ein Teil davon. Und die Kritiker sollten doch nicht ausgerechnet diesem Verteidigungsminister vorwerfen, seine Maßnahmen schwächten die Kampfbereitschaft unserer Bundeswehr. Immerhin war es Helmut Schmidt der nach jahrelangen Versäumnissen mannigfaltiger Art der Bundeswehr neues Selbstvertrauen und neue Impulse gegeben hat.

Hartmut Miegel
(-/wr/14.9.1971/ks)

+ + +

Unsere Wirtschaft ist gesund

Gegen mögliche Einbrüche abgesichert

Seit dem Bestehen der sozial-liberalen Regierung versucht die parlamentarische Opposition die Preisentwicklung zu einem Wirtschaftsnotstand hochzustilisieren. Niemand wird leugnen, daß der Preistrend der Regierung Sorgen bereitet und daß sie - trotz gegenteiliger Behauptungen -, gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und der Bundesbank entscheidende Bremsmaßnahmen durchgeführt hat. Die letzte einschneidende Maßnahme zum Schutz der Preisstabilität vor der Dollarüberschwemmung, war die Freigabe der Mark Anfang Mai. Obwohl die zeitweise Freigabe der Mark als die zur Zeit für uns einzig mögliche Gegenmaßnahme gegen ein Überschwemmen von Dollars war und ist - andere Staaten sind dem Beispiel gefolgt -, versuchen bestimmte Kreise, diese nachträglich vom EWG-Ministerrat gebilligte Maßnahme nicht nur abzuwerten, sie versuchen darüberhinaus vor allem Frankreich und die USA gegen die Bundesregierung aufzubringen. Wortführer sind u.a. die Herren Strauß und Barzel. Barzel scheute sich nicht, eine Sumpflüte besonderer Art unter sein Publikum zu werfen. "Mit der Währungspolitik hat sie (die Bundesregierung) die Krankheit des Dollars bloßgelegt und durch die Verzögerung des Devisenabkommens mit den USA auch noch Salz in die Wunde gestreut..."

Aber auch aus gewissen Wirtschaftskreisen wird hin und wieder der untaugliche Versuch unternommen der CDU/CSU Hilfeleistung zu geben und, - um im 'Bild' zu bleiben -, Pfeffer in die Währungswunde zu streuen.

Kürzlich erklärte Bundeskanzler Brandt: "Unser Wirtschaftskörper muß mit einer Reihe von Umstellungen und Schwierigkeiten bei einzelnen Betrieben und Branchen unserer Industrie rechnen, zumal dann, wenn die amerikanische Einfuhrsteuer über längere Zeit erhalten bliebe, was aber nicht sicher und auch nicht

wünschenswert ist. Das ändert aber nichts daran, daß unsere Volkswirtschaft gesund ist und insgesamt die Kraft hat, für die Sicherheit der Arbeitsplätze zu sorgen... Ich nehme die Stabilitätspolitik ebenso ernst wie die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Preissteigerungen sind zu einem wesentlichen Teil international bedingt, sie hängen aber auch mit der Hochkonjunktur zusammen. Die Bundesregierung ist darauf vorbereitet, den Kampf sowohl gegen die Preissteigerungen als auch gegen die Rezession zu führen..."

In einem vom Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Kommuniqué - beide Gremien beschäftigten sich eingehend mit der Währungssituation -, wird u.a. festgehalten: "Die beschlossene Weiterentwicklung der EWG zur Wirtschafts- und Währungsunion darf nicht aus den Augen verloren werden, wenn auch noch klarer geworden ist, daß es dazu einer weithin gemeinsamen Wirtschaftspolitik bedarf..." Am Schluß des Kommuniqués heißt es: "Die Stabilisierung wird nicht auf Kosten der Arbeitnehmer gehen. Aber von allen ist Sinn für Proportionen und objektive Notwendigkeiten zu erwarten".

Am 29. Juni 1971 hat der 'Planungsausschuß für die regionale Wirtschaftsstruktur' den ersten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgaben für die Jahre 1972 bis 1975 beschlossen, den die Bundesregierung dieser Tage dem Parlament zur Verabschiedung zugeleitet hat. In diesen vier Planjahren werden rund 460.000 neue Arbeitsplätze in den Fördergebieten zur 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' geschaffen. Außerdem werden 240.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Um diese Ziele durchzuführen ist geplant, gewerbliche Investitionen in einer Gesamthöhe von 14,7 Milliarden Mark einzusetzen. Ferner ist vorgesehen, die wirtschaftliche Struktur in den Fördergebieten weiter auszubauen. Für diese Maßnahmen wird im Planungszeitraum ein Investitionsvolumen von rund 2,2 Milliarden Mark aufgewendet werden. Für 1972 werden davon 532 Millionen Mark ausgegeben, in die sich Bund und Länder zur Hälfte teilen.

Diese Förderungsmaßnahmen sind nur ein Teil des Instrumentariums zur Regulierung möglicher Einbrüche in unsere Wirtschaft. Mit den Reserven, die durch Etatrückstellungen, durch Steuervorauszahlungen usw. angesammelt wurden, stehen weitere Korrektiv-Mittel zur Verfügung, um Teilbereinigungen in der Wirtschaft durchzuführen. Der vom Kabinett verabschiedete Bundeshaushalt für 1972 mit einem Kernhaushalt von 106,57 Milliarden DM und mit einer jährlichen Steigerungsrate von 8,4 vH, entspricht den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten. Sollte die Konjunktur im kommenden Jahr stärker als erwartet sich abschwächen, stehen zur Belegung der Wirtschaft im Eventualhaushalt weitere 2,5 Milliarden DM zur Verfügung. Nach der Veröffentlichung des Haushalts, der als Kompromiß zwischen Wünschen und Notwendigkeiten angesehen werden muß, war es zu erwarten, daß der Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU-Fraktionen seine abwertende ad hoc-Kritik absolvieren werde. Es besteht kein Anlaß den Boom mit seinen nachteiligen Folgen als nationale Katastrophe hochzureden: Die Bundesregierung bekommt die Konjunktur mit diesen Haushalt und den angesammelten Reserven in den Griff.

(WR/WK/14.9.1971, ks)